

Die fünfte Gewalt: Über digitale Öffentlichkeit und die Neuausrichtung von Journalismus und Politik

Mercedes Bunz

Zusammenfassung

Die Digitalisierung hat den Resonanzraum des Journalismus erweitert und verschoben: Digitale Öffentlichkeit, Politik und Journalismus bilden nun ein neues System wechselseitiger Kontrolle, in dem die digitale Öffentlichkeit die Rolle der fünften Gewalt einnimmt.¹

Das Kräfteverhältnis der modernen Demokratie, das Jürgen Habermas (1990 [1962]) einst so eindringlich in „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ skizziert hat, besteht so nicht mehr. Seitdem sich mit Hilfe von Algorithmen eine Veröffentlichungsgesellschaft gebildet hat, hat sich das Gleichgewicht der Kräfte verschoben.

Algorithmen – endliche Handlungsvorschriften, die nach einem bestimmten Schema Zeichen umformen – sind dabei das Prinzip, das der Digitalisierung und der neuen digitalen Öffentlichkeit zu Grunde liegt: Computer und digitale Geräte, Internetprotokolle und Softwareanwendungen, Datenbanken und Suchverfahren, all diese verschiedenen Bereiche eint, dass sie von Algorithmen getrieben werden. Ihre Anwendung, die hier nicht streng in ihrer informatischen Bedeutung gefasst werden soll, ist zu einer Kulturtechnik geworden, welche unsere Gesellschaften massiv umformt. Den Journalismus zum Beispiel. In der modernen Demokratie hatte Journalismus zwei zentrale Aufgaben: Erstens soll er die Bevölkerung aufklären. Würde sie nicht dank einer freien Presse, was vor sich geht, wäre die Wahl, die eine Regierung legitimiert, sinnlos. Zweitens klärt Journalismus auch die Regierenden auf. Durch Wahlen informiert (oder auch diszipliniert), finden sich die Regierenden gezwungen, die öffentliche Meinung zur Kenntnis zu nehmen. Eingeholt wird diese Meinung durch Journalisten. Seit dem Aufkommen von Internetplattformen wie Blogs oder Twitter unterhalten sich Bevölkerung und Politiker jedoch oft direkt. Beide surfen, kommentieren, holen Informationen ein und veröffentlichen ohne den Umweg über die Presse. Das ändert die politische Kultur einer Demokratie. Welche Funktion hat Journalismus in diesem neuen medialen Raum? Haben Algorithmen zusammen mit der neuen digitalen Öffentlichkeit die klassischen Aufgaben des Journalisten übernommen? Oder haben sie ihm neue Aufgaben gegeben? Sehen wir nach.

¹ Eine frühere Version dieses Textes erschien in einem Band der Heinrich-Böll-Stiftung: *Mythos Qualitätsjournalismus. Öffentlichkeit im Wandel*, Band 11 der Reihe Bildung und Kultur unter der Creative Commons Lizenz CC BY.

Politik erreicht Bürger

Was in Deutschland noch selten der Fall ist, ist tatsächlich in anderen Demokratien mittlerweile unübersehbar: Immer öfter wenden sich Politiker ohne den Umweg über Journalisten und die Presse an ihre Bevölkerung. In Großbritannien hat es das Kabinett von Premierminister David Cameron mit dem *Government Digital Service* (vgl. digital.cabinetoffice.gov.uk) erreicht, die politische Teilhabe zu verbessern. Vor allem aber im Kleinen überzeugt die digitale Adressierung der Bevölkerung: Der Nord-Londoner Bezirk Redbridge bindet unter Leitung des Gemeindevorsitzenden Roger Hampson seine gut 270.000 Gemeindemitglieder immer wieder auf innovative Weise in politische Entscheidungen ein. Eine interaktive Anfrage auf der Seite *YouChoose* (vgl. youchoose.yougov.com/redbridge2012) macht dafür mit der Komplexität der politischen Verwaltung vertraut: Die Benutzer konnten die Posten im Gemeindehaushalt festlegen, durften die Kommunalsteuer dabei aber nur um 5% erhöhen. Am Schieberegler galt es, die Themen zu gewichten, welche die Gemeinde bewegten: Bildung, Wohnen und Obdachlosigkeit, Straßen und Müllbeseitigung, Sozialhilfe, Gemeindegarbeit und öffentliches Engagement, Sicherheit auf den Straßen, Umweltschutz, schließlich Kultur, Sport und Freizeit. Dabei wurde man auch detailliert mit den Konsequenzen konfrontiert, welche die jeweiligen Entscheidungen haben würden. 4.396 Bürger nahmen im Jahr 2010 zu Hause oder in öffentlichen Bibliotheken teil, da Mitarbeiter gezielt Leute ansprachen, die selbst keinen Rechner hatten oder das Internet nicht bedienen konnten. Mittlerweile wird bei jeder großen Entscheidung der Gemeinde digital „vorgehört“ und die Beiträge der Bürger werden dann debattiert.

Reale und digitale Welt verschränken sich zusehends, und das zeigt: Der öffentliche Raum hat sich ausgeweitet. Die Meinung des Volkes können sich die Politiker jetzt direkt einholen, und das sollten sie auch tun. Und doch wird – keine Sorge – digitale Öffentlichkeit deshalb nicht den Journalismus ersetzen. Sie ergänzt ihn vielmehr.

Die Logik der digitalen Öffentlichkeit

Die Unterschiede zwischen digitaler Privatöffentlichkeit und journalistischer Öffentlichkeit werden sichtbar, wenn man sich Hannah Arendts Bestimmung von gesellschaftlicher Öffentlichkeit zuwendet (Bunz 2012, 113ff.). In ihrem Werk „*Vita Activa*“ (1960) macht sie an Öffentlichkeit zwei Aspekte aus: Sie ist für Arendt etwas, das *für alle zugänglich* und zugleich auch *für alle relevant* sein muss. Etwas ist öffentlich, schreibt sie, wenn es „erscheint und von anderen genau wie von uns selbst als solches wahrgenommen werden kann“ (Arendt 1960, S. 49). Zugleich setzt sie voraus, dass es die Menschen „im Interesse an einer ihnen gemeinsamen Welt versammel(t)“ (Arendt 1960, S. 52). Während journalistische Öffentlichkeit mit gesellschaftskritischem Anspruch diese beiden Kriterien erfüllen muss, sind die Beiträge der digitalen Öffentlichkeit dagegen oft rein private Äußerungen; online zwar für alle zugänglich, aber nicht für alle relevant.

Das bedeutet jedoch nicht, dass digitale Öffentlichkeit von minderwertigerer Qualität ist. Vielmehr folgt sie schlichtweg einer anderen Logik, durch die sie den Journalismus ergänzen kann: Sie ist für ihn potenzielle Quelle. Journalismus ist grundsätzlich auf das *Ereignis* ausgerichtet, das entweder als Neuigkeit oder als Jahrestag auftreten kann. Alles, was nicht in diese Kategorie passt, hat es im Journalismus schwer, Aufmerksamkeit zu erheischen. Deshalb verpasst er vieles. Anders in der digitalen Logik: Was dort von Nutzern veröffentlicht wird, folgt deren jeweiligen Interessen. Im Ergebnis ist die digitale Öffentlichkeit deshalb thematisch weitaus breiter und weniger selektiv. Wie der Chefredakteur des Britischen Guardian Alan Rusbridger (2010) einmal bemerkte: „Noch lange nachdem die Karawane der professionellen Journalisten weitergezogen ist, spüren Twitter-Nutzer den Themen, die sie bewegen, hinterher.“ Und eben deshalb kann der Journalismus von dieser zweiten, kontinuierlich vor sich hinarbeitenden Öffentlichkeit ausgezeichnet profitieren.

Damit hat sich die Aufgabe des Journalismus, investigativ und kritisch zu recherchieren, gewandelt. Immer noch gilt es, gesellschaftliche Wahrheiten ans mediale Tageslicht zu bringen. Neben der klassischen, kleinteiligen Detektivarbeit – dem Sprechen mit Betroffenen, dem Überprüfen von Hinweisen – gilt es heute jedoch auch, die übrige, digitale Informationslandschaft ernst zu nehmen. Auch hier muss man Hinweisen nachgehen und kommunizieren, man tut das allerdings im digitalen Raum: Journalismus hat begonnen, die klassische Arbeit um neuere Ansätze wie „offenen Journalismus“ oder „Datenjournalismus“ zu ergänzen.

So untersuchte der britische Guardian die Irak-Logs: Dokumente der amerikanischen Behörden und des Militärs zum Irakkrieg in Zusammenarbeit mit der Organisation WikiLeaks, welcher diese Dokumente in die Hände gespielt worden waren. Für die Journalisten stellte sich mit diesem Material eine neue Herausforderung, denn im Grunde war es so umfangreich, dass es von einem einzigen Menschen gar nicht geprüft werden konnte. Zum Vergleich: Die Pentagon-Papiere, die 1971 von der *New York Times* veröffentlicht wurden, hatten ein Volumen von etwa 2,5 Millionen Worten, während man den Umfang der Irak-Logs auf 300 Millionen schätzt – eine einzelne Person, die täglich ihre Arbeitszeit ganz dem Lesen dieser Akten widmet, bräuchte dafür dreieinhalb Jahre (vgl. Bieber 2012; Rusbridger 2011). Man sieht: Durch die Digitalisierung der Kommunikation ist diese ins Unermessliche gewachsen. Auf diese Weise werden heute Journalisten Dokumente in die Hände gespielt, die mitunter von Menschen gar nicht mehr erfasst werden können. Datenjournalismus und der offene Zugriff auf diese Dokumente online ist für den Journalismus deshalb eine Möglichkeit der Bewältigung – mehr Augen sehen mehr.

Der Guardian nutzte für seine investigativen Recherchen immer wieder die muntere Veröffentlichungsgesellschaft und zwang im Oktober 2011 mit ihrer Hilfe auch den britischen Verteidigungsminister Liam Fox zum Rücktritt. Nach Anschuldigungen, er nutze sein Amt, um guten Freunden einen Gefallen zu tun, war seine Position ins Wanken geraten. Die Vorwürfe, Fox hätte den Rüstungslobbyisten Adam Werritty auf Staatsreisen mitgenommen und so an potenzielle Kunden herangeführt, wies er zunächst jedoch von sich. Monatelang hatte der Guardian-Journalist Rupert Neate nach Belegen gesucht und von seiner Recherche immer wieder in Artikeln, aber auch auf Twitter berichtet – ein transparentes Vorgehen, das den offenen Journalis-

mus kennzeichnet. Eines Tages wurde er von einem italienischen Blogger „Nomfup“ auf Twitter kontaktiert. Er hatte auf YouTube Fernseh-Material gefunden, das Fox auf Dienstreise beim Präsidenten von Sri Lanka, Mahinda Rajapaksa, zeigte. Im Hintergrund gut erkennbar: sein enger Freund, Adam Werritty. Konfrontiert mit dem Material trat Fox zurück. Die digitale Öffentlichkeit war dem Journalisten zur Seite gesprungen.

Die neue Gewaltenteilung

An einem Beispiel wie diesem sieht man: Der öffentliche Raum hat sich ausgeweitet. Mit der Digitalisierung ist er von den Straßen und Plätzen auf die Medien übergesprungen, und im medialen Raum hat sich neben der journalistischen Öffentlichkeit die digitale Öffentlichkeit gebildet. Das Verhältnis des Journalismus zu ihr ist – wie schon bei der Politik – durch eine Doppelrolle gekennzeichnet: Wieder gilt es hier, Meinungen einzuholen, denn tausende von Augen und Ohren finden mehr als zwei, vier oder zehn. Darüber hinaus wird zweitens auch die Funktion der Aufklärung wichtig: Durch die digitale Öffentlichkeit ist die politische Öffentlichkeit pluraler und lebendiger denn je. Sie ist aber auch komplexer, schwieriger zu überschauen und technisch steuerbar. Deshalb ist es wichtig, Algorithmen zu beobachten und sicherzustellen, dass sie nicht manipuliert werden, wenn Mehrheiten mit ihnen ermittelt, Umfragen durchgeführt oder Suchergebnisse geliefert werden: Technologie muss ebenso wie Politik kritisch hinterfragt und im Auge behalten werden. Nur auf den ersten Blick scheint es also, als hätten mit Plattformen wie Google News Algorithmen die klassischen Aufgaben des Journalisten übernommen. Im Grunde hat die Digitalisierung den Journalismus jedoch vielmehr bereichert und ihm noch dazu einen neuen Aufgabenbereich hinzugefügt. Denn nun braucht es eine Instanz, welche diese Plattformen mit objektiver Distanz und Fachkenntnis beobachtet und den Bürger über eventuelle Ungereimtheiten auf dem Laufenden hält.

Im Ergebnis hat sich ein neues Gleichgewicht der Kräfte entwickelt: Einerseits beobachtet der Journalismus kritisch die Fundamente und das Geschehen der digitalen Öffentlichkeit, andererseits kontrolliert und bereichert diese aber auch den Journalismus. Und das ist von Vorteil: Schon seit Langem beunruhigt unsere Demokratien die Tendenz, dass die politische Öffentlichkeit und mediale Öffentlichkeit zunehmend deckungsgleich werden, leben wir doch in der Zeit von Mediendemokratien, in denen Politiker auf wohlwollende Medienberichterstattung angewiesen sind. Journalisten genießen diese Nähe zur Macht, und doch ist es eine Nähe, die jederzeit droht, zu einem ernsthaften Konflikt für die Demokratie zu werden, wenn, wie in Großbritannien bei der Erweiterung des Murdoch'schen Medienimperiums im Jahr 2010, die Regierung über die Zukunft eines Medienkonzerns zu entscheiden hat und nicht unvoreingenommen entscheiden kann. Hier kann dem Journalismus ein kritisches Gegengewicht nur gut tun, auch da Absprachen untereinander befreundeter Chefredakteure die gegenseitige Kritik gemildert haben. Eine neue Gewaltenteilung dient damit auch einer demokratischen Funktion. Begrüßen wir also eine zweite, digitale Öffentlichkeit, betrieben durch die flinken Finger der Bürger, die bewaffnet mit Tastatur, Rechner und unterstützt von Algorithmen der ersten Öffentlichkeit zur Seite getreten ist – als fünfte Gewalt.

Literatur

- Arendt, Hannah (1960): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Bieber, Christoph (2012): WikiLeaks und Informalität. In: Grunden, Timo & Bröchler, Stephan (Hrsg.): *Informelles Regieren. Konzepte, Akteure und Prozesse*. Wiesbaden: Springer (i.E.).
- Bunz, Mercedes (2012): *Die stille Revolution: Wie Algorithmen Wissen, Arbeit, Öffentlichkeit und Politik verändern, ohne dabei viel Lärm zu machen*. Berlin: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1990 [1962]): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rusbridger, Alan (2010): *The Splintering of the Fourth Estate*. Redigierte Mitschrift der Andrew Olle Vorlesung vom 19. November 2010 in Sydney, Australia. Abgerufen unter: <http://www.abc.net.au/local/stories/2010/11/19/3071359.htm> [Stand vom März 2012].
- Rusbridger, Alan (2011): Inside Julian Assange's War on Secrecy – Introduction. In: Leigh, David & Harding, Luke (Hrsg.): *Inside Julian Assange's War on Secrecy*. London: Guardian Books, S. 1–12.

Weblinks

- <http://www.redbridge.gov.uk/presentation> [Stand vom März 2012].
- youchoose.yougov.com/redbridge2012 [Stand vom März 2012].